

Zu Ihrer Information:

Die Sexindustrie-Lobby

Der „Antrag gegen Freierbestrafung“ wurde ebenso wie der vorangegangene „Appell für Prostitution“ vom ICRSE („International Committee on the Rights of Sex Workers in Europe“)¹ und von seiner deutschen Partnerorganisation, dem „Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen“² initiiert.

Weder der ICRSE³ noch der „Berufsverband für erotische und sexuelle Dienstleistungen“ ist eine Vertretung der Interessen von Prostituierten. „Sexworker“ oder „Ex-Sexworker“ sind hier auch Personen, die ihre Haut nicht oder nicht mehr selbst zu Markte tragen. Beide Verbände sind eine Vereinigung von Individuen und Organisationen aus allen Bereichen der „Sexindustrie“ sowie einiger Beratungsstellen und „Verbündeter“ („allies“). Frei nach Orwell: hier sind Wölfe, Füchse, Schafe und Hühner versammelt. Es liegt auf der Hand, wer vorlegt und bestimmt. Die Anzahl der Mitglieder ist relativ überschaubar. Bei der Recherche begegnen einem immer wieder die gleichen Namen. Ähnliche Organisationen mit gleicher Zielsetzung – wie die IUSW⁴ und der NSWP⁵ - und ihre Mitglieder sind auch jeweils bei den anderen Organisationen als Mitglieder eingetragen. Der ICRSE ist in diesem Verbund eine Art „think-tank“ oder Propagandaschmiede.

Reine Profitinteressen statt Prostituierten-Schutz

Prominent vertreten im „Berufsverband für erotische und sexuelle Dienstleistungen“ sind Johanna Weber und Undine de Rivière, **beide tätig als „selbständige Dominas“**.

Der Verband wurde im Oktober 2013 - während der Debatten zur Honeyball-Resolution im EU-Parlament und der Abstimmung für ein Sex-Kauf-Verbot im französischen Parlament - als Lobby-Organisation in Deutschland gegründet. Vermutlich ist er, mit etwas anderer Mitgliederbeschreibung, die Nachfolge- oder „Tochter“-Organisation des bereits 2002 gegründeten „Bundesverbands sexueller Dienstleistungen e.V.“ Dieser Verband definierte sich klar als Interessenvertretung für Bordellbetreiber-Innen und bordellartige Betriebe sowie für „selbstständig arbeitende ErotikdienstleisterInnen und Callboys“. Er vertrat offen wirtschaftliche Interessen.

Laut Wikipedia-Eintrag diente „der Bundesverband Sexuelle Dienstleistungen ... dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales als fachlicher Ansprechpartner in Fragen der Prostitution“.⁶

Es liegt also nahe, dass der Berufsverband von den großen Bordellbetreibern und ihren Verbänden subventioniert wird⁷. Die Herren halten sich jedoch gerne „bedeckt“ und auch aus strategischen Gründen ist es vorteilhaft, dass der Verband von Frauen geführt wird - selbst wenn diese als

¹ <http://www.sexworkeurope.org/>

² <http://sexwork-deutschland.de>

³ „The ICRSE Network includes individual sex workers, sex worker organisations as well as allies and ally organisations that are working in the areas of migrant, human, and labour rights, especially those who include the recognition and promotion of sex worker rights as part of their agenda.“

⁴ „International Union of Sexworkers“ <http://www.iusw.org/>

⁵ „Global Network of Sexwork Projects – Promoting Health and Human Rights“ <http://www.nswp.org/>

⁶ <http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?t=83>, http://de.wikipedia.org/wiki/Bundesverband_Sexuelle_Dienstleistungen; siehe hierzu auch **Anlage 5**. Der „Bundesverband Sexuelle Dienstleistungen e.V.“ war offensichtlich maßgeblich am Prostitutionsgesetz von 2002 beteiligt!

⁷ Der Bundesverband des Deutschen Erotikgewerbes e.V. (bdde), wird von den Betreibern des „Paradise“ in Stuttgart geführt. http://marjorie-wiki.de/wiki/Bundesverband_des_Deutschen_Erotikgewerbes

Dominas arbeiten oder als Nutznießerinnen vom Verkauf anderer Frauen profitieren. Rigoros plädieren sie sogar für Lohndumping und Flatratebordelle: in ihren „Forderungen“ werden Flatratebordelle und Gangbang⁸ ausdrücklich als „Erhalt einer Vielfalt von Arbeitsplätzen“ unterstützt und als „Entscheidungsmöglichkeit für Sexworker, für die individuell bevorzugte Arbeitsform“⁹ gepriesen. Eine Forderung, für die ein Mann wohl – zu Recht – ausgepiffen würde...

Prostitution etablieren als "Beruf wie jeder andere"

Das Bestreben dieser Organisationen besteht darin, Prostitution als Beruf zu etablieren. Sie propagieren, dass Prostitution mehrheitlich eine „selbstbestimmte“ und „freie“ Entscheidung sei und berufen sich auf das Grundrecht auf freie Berufswahl. Armut und Armutmigration dient ihnen als Rechtfertigung dieses „freien Berufes“. Gewalt, so ihre These, gehe von denen aus, die Prostitution sanktionieren wollten. Freier und Prostituierte begegneten sich „auf Augenhöhe“. Zuhälter seien Arbeitsvermittler und Bordelle sorgten für „sichere“ Arbeitsbedingungen.

„Freier“ zu bestrafen, Zuhälterei und Bordelle zu verbieten, schade angeblich den Prostituierten und führe zu mehr Gewalt.

Tatsache ist jedoch: Gewalt gegen Prostituierte geht in erster Linie von ihren Kunden aus sowie von Zuhältern und Bordellbetreibern. Männer, die sich sexuelle Verfügung über Frauen kaufen, achten Prostituierte keineswegs als „gleichberechtigte“, „freie“ und „selbstbestimmte“ Menschen. Mit Anhang 2 senden wir ihnen die Kopie einiger Freier-Kommentare einer populären Kommunikationsplattform von Sex-Käufern, die hier ihre Erfahrungen austauschen und sich gegenseitig „ liken“. Diese Kommentare sind nicht die Schlimmsten. Sie können die Seite selbst öffnen und sich davon überzeugen - ebenso wie jede/r Jugendliche und jedes Kind per Smartphone auf diese Seiten gelangen kann; im Internet ist der Jugendschutz weitgehend ausgehebelt. Rechtlich können wir wegen des „liberalen“ Prostitutionsgesetzes in Deutschland weder etwas gegen „GangBang“-Parties mit 19 jährigen, schwangeren „freiwilligen“ Prostituierten unternehmen, noch gegen die egoistischen und unverhohlenen sadistischen „Rechtsansprüche“ der „Freier“.

Prostitution als „selbstbestimmte“ und „freie“ Entscheidung der Prostituierten schönzureden meint im Grunde nichts anderes als die herkömmliche „Doppelmoral“, mit der Sexkäufer seit jeher ihre Ansprüche rechtfertigten: Die „Mädels“ wollen das doch so. Also ist es nur „recht“ und „billig“ sie zu benutzen.

Die Drohungen, mit der abolitionistischen (siehe unten) Reglementierung von Prostitution nach dem Schwedischen Modell würde Prostitution nur in „dunkle Untergründe“ abtauchen und Frauen würden noch mehr der Gewalt ausgesetzt, sind unhaltbar und demagogisch. Sie spielen mit der

⁸ In Flatrate-Bordellen wird damit geworben, dass Prostituierte den Freiern gegen einen Pauschalpreis für einen bestimmten Zeitraum zur freien Verfügung stehen. „Der King George Club ist ein Flatrate-Bordell: Die Männer zahlen 99 Euro Eintritt und bekommen dafür die ganze Nacht Alkohol und Sex, soviel sie wollen. Für 49 Euro darf man zu denselben Bedingungen eine Stunde bleiben. Hartz-IV-Empfänger zahlen weniger. Höchstens 50 Euro für zwei Stunden.“ http://www.mz-web.de/panorama/prostitution-flatrate-fuer-freier_20642226_17422366.html, <http://www.cicero.de/berliner-republik/ware-frau-prostitution-abschaffen/53766>. GangBang sind inszenierte Gruppenvergewaltigungen.

⁹ <http://sexwork-deutschland.de/politik/forderungen/> Auch andere angebliche Prostituiertenvertretungen vertreten diese Position: Doña Carmen verteidigte nicht nur mehrfach Flatrate-Bordelle oder Angebote an sich, sondern ebenso wie andere Lobbyistinnen auch diejenigen Bordelle, die auf Grund von Hygiene-Mängeln geschlossen wurden, und deren Betreiber einige Jahre später wegen Menschenhandels verurteilt wurden. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article106159670/Pussy-Club-Zuhaelter-muss-acht-Jahre-hinter-Gitter.html>

Furcht von Frauen vor männlicher Gewaltbereitschaft und der eingestanden oder uneingestanden Vermutung von Frauen und Männern, mit Prostitution könnten Vergewaltigungen verhindert werden.

Plausibel ist im Gegenteil:

Die „Legalisierung“ des Prostitutions-Marktes fördert Frauen- und Mädchenhandel und in seinem „Windschatten“ gedeiht auch der illegale Markt, z.B. Prostitution mit Minderjährigen.¹⁰

Durch die „Normalisierung“ von „Prostitution als Beruf“ wurde und wird zudem ein Wertewandel herbeigeführt, der sexuellen Missbrauch von Frauen und egoistische „Bedürfnisbefriedigung“ von Männern rechtfertigt. Wenn Vergewaltigung gegen etwas Schmerzensgeld „ok“ ist, sinkt auch das Unrechtsbewusstsein bei Gewalt gegen Frauen „ohne Geld“.¹¹

Vom "Abolitionismus" zum „Schwedischen Modell“

Bereits Ende des vorletzten Jahrhunderts engagierten sich die sogenannten AbolitionistInnen gegen Mädchenhandel und Prostitution und prangerten die patriarchalische „Doppelmoral“ an. Sie proklamierten: „Die Internationale Föderation (der Abolitionisten) hat es sich zur Aufgabe gestellt... die doppelte Moral zu bekämpfen und an die Stelle des Rechtes des Stärkeren auf Ausbeutung des Schwächeren gleiches Recht für Mann und Weib zu setzen.“¹² Und im Handbuch der Frauenbewegung heißt es: „Die Ursachen der Prostitution sind dreifacher Art: die Geringschätzung des Weibes überhaupt, die schlechte wirtschaftliche Stellung der Frau, die starke Nachfrage von Seiten des Mannes... Der Mann hat von jeher der schwächeren Frau die Konsequenzen seiner oder der gemeinsam begangenen Handlungen aufgebürdet. Diese männlich einseitige Auffassung, die Frau allein für die Unsittlichkeit verantwortlich zu machen, hat durch das Jahrtausende währende Übergewicht des männlichen Geistes eine solch suggestive Wirkung ausgeübt, dass auch edle Frauen vollständig von diesem Vorurteil befangen waren.“¹³ Aus den Reihen der Abolitionistinnen rekrutierten sich in der Folge die entschiedensten Kämpferinnen für das Frauenstimmrecht und politische Partizipation der Frauen.

In dieser Tradition sahen sich die schwedischen InitiatorInnen des Gesetzes zur Regulierung von Prostitution 1999. Ihnen war wichtig: Prostituierte nicht zu kriminalisieren, da diese meist durch Gewalt, Armut, Mangel an Alternativen und unlautere Anwerbung gezwungen sind, sich zu prostituieren. Hier sollten niedrigschwellige Ausstiegs-, Ausbildungs- und berufliche Angebote zur Verfügung gestellt werden. Im Vorfeld des Gesetzes wurden ausführliche Gespräche mit Frauen in der Prostitution geführt, deren Ergebnisse in einem 800-seitigen Bericht dem schwedischen Parlament vorgelegt wurden. Dagegen werden die Verursacher von Prostitution, die Sexkäufer und die Profiteure des Marktes, ins Visier der Gesetzgebung genommen. Im Gegensatz zu den meisten Prostituierten haben Sexkäufer „Entscheidungsfreiheit“. Männer können sich ihrer ökonomischen

¹⁰ <http://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/prostitution131.html>; Text der angeführten Studie siehe:

http://www.lse.ac.uk/geographyAndEnvironment/whosWho/profiles/neumayer/pdf/Article-for-World-Development-_prostitution_-_anonymous-REVISED.pdf

¹¹ Siehe hierzu aktuelle Kriminalitätsstudie zu Vergewaltigungen, die steigende Anzeigen, aber einen Rückgang der Verurteilungen in den letzten 20 Jahren von 21,6 auf 8,4 % dokumentieren. <http://www.sueddeutsche.de/panorama/studie-zu-vergewaltigungen-der-feind-im-freund-1.19>

¹² Abolitionistische Flugschriften, Heft 5, aus: Der Abolitionist, Hrsg. Katharina Scheven, Dresten 1902-1913; zitiert in DER FEMINIST – Beiträge zur Theorie und Praxis, München, Nr.2/1980, „Prostitution als Beruf“

¹³ Anna Pappritz: „Die Teilnahme der Frauen an der Sittlichkeitsbewegung“, Handbuch der Frauenbewegung II Teil, Frauenbewegung und soziale Frauentätigkeit in Deutschland nach Einzelgebieten, Berlin 1901 – 1906, Hrsg. Helene Lange und Gertrud Bäumer, zitiert – und ungekürzt abgedruckt in DER FEMINIST ebda.

und sozialen Macht bedienen und sich eine Frau zur sexuellen Benutzung kaufen, aber sie „müssen“ nicht.

Schweden war damit der erste Staat, der gesetzlich festgelegt hat: bei uns ist der Kauf von Frauen – aber auch von Männern und von inter- und transsexuellen Menschen – verboten!

In den 90er Jahren gab es in Schweden etwa 3.000 Prostituierte. Heute wird ihre Zahl auf 1.000 geschätzt. Damit sind alle Formen der Prostitution gemeint: auf der Straße, in Privatwohnungen und durch das Internet vermittelte Prostitution. Frauenhandel wurde weitgehend unterbunden, da Schweden durch seine restriktive Gesetzgebung für Zuhälter nicht mehr attraktiv ist.¹⁴

Die Gesetzeslage in Deutschland

Zum Vergleich: Nach Hochrechnungen bewegte sich die Zahl der Prostituierten in Deutschland Ende der 90er Jahre in einer Spannbreite von 64.000 bis 200.000. Inzwischen sind es über 400.000. D.h. seit der Verabschiedung des Gesetzes zur weitgehenden „Legalisierung“ von Prostitution 2002 durch die Rot-Grüne Bundesregierung hat sich die Anzahl der Prostituierten in Deutschland verdoppelt bis vervierfacht.¹⁵ Über 80% der Prostituierten sind junge Frauen – aber auch junge Männer - aus den ärmeren osteuropäischen Ländern. Da sie durch die EU-Osterweiterung einen legalen Aufenthaltsstatus besitzen, fallen sie nicht unter „Zwangsprostitution“ und „illegalen Menschenhandel“.

Der Gesetzgeber meinte, mit dem neuen Recht den Schutz und die Arbeitsbedingungen von Prostituierten zu verbessern und die kriminellen Begleiterscheinungen der Prostitution zurückzudrängen. Tatsächlich wurden die Gewaltrisiken und Ausbeutung von Prostituierten in Bordellen „legalisiert“. „Ordentliche“ Bordelle, wie auch vom Deutschen Frauenrat gefordert, gewähren Prostituierten keineswegs größeren Schutz. Die Tagesmieten für Zimmer, d.h. ihren Arbeitsplatz, sind hoch - bis zu € 160,- beim „Pascha“ in Köln.¹⁶ Die Steuern, nach dem „Düsseldorfer Modell“ pro Tag z.B. zwischen €25,- bis 30,-, werden paternalistisch von den Bordellbetreibern für das Finanzamt eingezogen. Wegen der hohen Unkosten und steigendem Konkurrenzdruck durch den Zustrom von Frauen aus Osteuropa müssen die Prostituierten für immer weniger Geld immer mehr Männer bedienen und sich notgedrungen auf „riskante“ Sexualpraktiken einlassen. Zudem geraten sie wegen Überschuldung häufig in eine Art Schuldknechtschaft bei den Bordellbetreibern, die - bei aller angeblichen „Liberalisierung“ - als Vermieter das Recht auf ihrer Seite haben, Mietschulden einzuklagen.

Bereits die Evaluation des Gesetzes von 2007 zeigte auf, dass dieses soziale Experiment gründlich gescheitert ist. Dennoch sah der Gesetzgeber keinen grundsätzlichen Handlungsbedarf, eine Evaluation der körperlichen und emotionalen Gesundheit der Frauen oder ihrer Gewalterfahrung im

¹⁴ <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/prostitution-niemand-prostituiert-sich-freiwillig-12892812.html>

¹⁵ Vgl. Beate Leopold und Steffan, Elfriede (2001): Dokumentation zur rechtlichen und sozialen Situation von Prostituierten in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart. Aktuelle Zahlen vom Statistischen Bundesamt: Lars-Marten Nagel, 3.11.2013: „Prostitution – hier noch mehr Zahlen“ Die Welt investigativ <http://investigativ.welt.de/2013/11/03/black-box-prostitution/>

¹⁶ <http://www.ksta.de/koeln/interview--prostitution-wird-verharmlost-,15187530,21049268.html>

Zusammenhang mit Prostitution fand vorsichtshalber gar nicht erst statt.¹⁷ Durch die Streichung bzw. „Liberalisierung“ der Strafrechtsparagrafen zu Bordellbetreibung und Zuhälterei wurden jedoch die Arbeitsbedingungen der Profiteure vom Verkauf von Frauen zu sexueller Nutzung verbessert.

Dass die Profiteure unserer „liberalen“ Prostitutionsgesetzgebung in Deutschland - Sex-Käufer, Zuhälterringer und BordellbetreiberInnen - alle Hebel in Bewegung setzen, ihre Pfründe zu erhalten, war zu erwarten.

Dass Frauenrechtsorganisationen sich hier auf die Seite der Vertreter des „Herrenrechts“ stellen und sich durch die Propaganda von Sexindustrie-Lobbyisten irreführen lassen, ist schwer zu begreifen, ja unerträglich.

[Für weitere Informationen stehen wir Ihnen zur Verfügung](#)

* Zu Ihrer Information zu den Zuständen in „etablierten“ Bordellen fügen wir Ihnen einen Fotobericht der Künstlerin Bettina Flitner bei, die im „Paradise“ Freier interviewte und ihre Beobachtungen im Foyer und vor den Türen des Bordells schildert. Ein Interview mit den Prostituierten wurde ihr vom Betreiber nicht mehr gestattet. Sowie, Anhang 4, ein Interview mit der Sozialarbeiterin und Leiterin des Prostituierten-Cafés La Strada in Stuttgart, Sabine Constable.

Mit freundlichen Grüßen
Solveig Senft

ABOLITION 2014
FÜR EINE WELT OHNE PROSTITUTION

<http://abolition2014.blogspot.de/>

¹⁷ Vgl.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: „Bericht der Bundesregierung zu den Auswirkungen des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten“ 2007 <http://www.bmfsfj.de/doku/Publikationen/prostitutionsgesetz/0302010401.html>